

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	17.12.04

Niederschrift

über die öffentliche / nichtöffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/3457/04) am 07.12.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Renate Warnecke ,

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Bergmann , Herr Karl-Heinz Huthwelker , Herr Dirk Jaschinsky , Frau Silvia Kaut , Frau Nicole Kleinert , Herr Jan Phillip Kühme ,

von der SPD-Fraktion

Frau Barbara Dudda-Dillbohner , Frau Sanda Grätz , Frau Christina Konrad ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

von der WfW-Fraktion

Herr Christoph Grüneberg ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Frau Elisabeth August (PDS-Fraktion) ,

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Herr Wolfgang Schulze (Ratsgruppe REP) ,

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer , Frau Beig. Marlis Drevermann , Herr Beig. Udo Hackländer , Herr Beig. Thomas Uebrick ,

Frau Monika Bistram (200.KB), Herr Norbert Dölle (403.1), Herr Claus-Jürgen Kaminski (401), Herr Ulrich Kronenberg (000), Herr Norbert Mönnick (GMW.FB1), Herr Peter Kobelt , Herr Uwe Waldinger , Herr Wolfgang Herbener , Frau Martina Schmidt , Herr Klaus Zieglam , Prüferinnen und Prüfer (002)

als Gast

Herr Jörg Beier (Hotel AG),

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 17:17 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschuldigt die **Vorsitzende** Herrn Jung, Herrn Dr. Kühn und Herrn Dr. Slawig.

Herr Kobelt berichtet, es seien mit allen Stadtverordneten des neu zusammengesetzten Ausschusses Gespräche geführt worden, aus denen er den Eindruck gewonnen habe, dass großes Interesse an den Aufgaben des RPA bestehe. Er hoffe auch im Namen seiner Kolleginnen und Kollegen auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss.

Auf Nachfrage der **Vorsitzenden** gibt es keine Einwände gegen die Tagesordnung.

I. Öffentlicher Teil

1 **Bestellung der Schriftführerin des Rechnungsprüfungsausschusses und ihrer Stellvertreterin** **Vorlage: VO/3560/04**

keine Wortmeldungen

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 07.12.2004:

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt die Drucksache Nr. VO/3560/04 gemäß Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2 **Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfungen im Zeitraum 01.01.04 - 31.10.04** **Vorlage: VO/3564/04 Öffentl.**

Lfd. Nr. 01/04:

Frau Kleinert fragt Frau Drevermann, ob der Kooperationspartner ein spanischer sein musste und nicht ein inländischer, bei dem die Mittel im Land verblieben wären.

Frau Drevermann bietet eine Prüfung und schriftliche Antwort zum Protokoll an.

Herr Zieglam erläutert, da es sich um eine von der EU geförderte Maßnahme gehandelt habe, seien hier keine Mittel der Stadt Wuppertal verausgabt worden. Außer dem Praktikum in Spanien habe ein weiteres Praktikum in Deutschland stattgefunden.

Lfd. Nr. 02/04:

Frau Kleinert schlägt vor, wegen der Abwesenheit von Herrn Dr. Kühn die ihn betreffenden Berichtsteile auf die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu vertagen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss vertagt die Beratung der Berichtsteile, die Herrn Dr. Kühn als Geschäftsbereichsleiter betreffen, auf die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Lfd. Nr. 03/04:

Frau Kleinert bemerkt, es seien erfreulich wenige das Gebäudemanagement (GMW) betreffende Beanstandungen in den Berichten zu finden. Zu dem Bericht Nr. 03/04 fragt sie, inwieweit der beauftragte Architekt für den nicht optimalen Ablauf in Anspruch genommen werden könne.

Herr Mönnick führt aus, im vorliegenden Fall könne er dies nicht beantworten, im Allgemeinen prüfe das GMW allerdings Abzugsmöglichkeiten. Nach erfolgter Fertigstellung des Gebäudes schränke die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) die Abzugsmöglichkeit sehr ein. Das GMW versuche durch die vertragliche Ausgestaltung eine Verschiebung zu seinen Gunsten zu erreichen. Man sei einig mit dem RPA, dass erforderliche Unterlagen komplett vorgelegt werden müssten.

Frau Siller betont, die dargestellten Mängel seien wohl zum wiederholten Male aufgetreten. Erfreulicherweise sei es die Intention des Berichts, die Situation zu verbessern.

Herr Mönnick erläutert, es gebe auch bei den Architekten Unterschiede in der Qualität der Arbeit. Mit dem RPA sei vereinbart, Architekten die qualitativ besser leisteten auch häufiger zu beauftragen. Dies solle aber nicht dazu führen, dass nur noch eine Handvoll Architekten beauftragt würden.

Frau Siller verdeutlicht, es gehe ihr vor allem darum, dass die Stadt bei der Vergabe eines Auftrags an einen Dritten die Auftragserfüllung im Auge behalte, was hier offenbar nicht genug geschehen sei.

Herr Mönnick räumt ein, dass im vorliegenden Fall ein höherer Betreuungsaufwand erforderlich gewesen wäre, das GMW habe aber bereits durch seine Organisation eine Menge Vorgaben erbracht, die in der Vielzahl der Fälle ausreichten.

Lfd. Nr. 06/04:

Frau Kleinert bittet das RPA darum, die Kurzberichte um konkrete Betragsangaben zu ergänzen.

Frau Siller schließt sich dieser Bitte an. Es freue sie, dass es Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung gebe, die das RPA von selbst einbänden und nicht nur als Kontrollorgan sähen.

Herr Kobelt sagt für die Zukunft eine Ergänzung der Kurzberichte um Betragsangaben zu. Die Langfassungen enthielten diese Angaben.

Frau Warnecke bemerkt, die Einbindung des RPA sei inzwischen schon die Regel.

Lfd. Nr. 08/04:

Frau Kleinert fragt, um welche Beträge es sich hier gehandelt habe.

Herr Zieglam antwortet, bei B/2 sei es bei einer Beschaffung für die Schlagzeuggruppe um einen Betrag in Höhe von ca. 1.300 € gegangen. Notenpulte seien für rd. 1.900 € beschafft worden. Skontobeträge könne er im Einzelnen nicht nennen; in der Regel habe es sich aber um kleinere Beträge gehandelt.

Herr Bergmann fragt, ob in Zeiten in denen das Orchesterbüro nicht besetzt sei,

gar keine Rechnungen gezahlt würden.

Frau Drevermann erläutert, das Orchester mache Betriebsferien, in denen das Orchesterbüro nicht besetzt sei. Eine Verständigung sei dann in Notfällen über Handy möglich. Durch Vereinbarungen mit den Firmen solle sichergestellt werden, dass Rechnungen nur eingingen wenn das Orchesterbüro besetzt sei.

Lfd. Nr. 14/04:

Frau Kleinert hält den Schaden in Höhe von rd. 7.500 € angesichts der Haushaltslage für sehr hoch. Sie bitte die Verwaltung darauf zu achten, dass sich so etwas nicht wiederhole.

Lfd. Nr. 15/04:

vertagt auf die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (siehe unter lfd. Nr. 02/04)

Lfd. Nr. 17/04:

Frau Kleinert hält den Inhalt des Berichts für erschreckend; im öffentlichen Teil bestehe die Gefahr, Hackern eine Einladung zu geben, ins städtische Netz einzudringen. Sie hoffe auf kurzfristige Abhilfe und Gewährleistung eines sicheren Standards.

Frau Schmidt bemerkt, es gebe Hinweise darauf, dass der betroffene Bereich an einer Lösung bezüglich der Datenübertragung arbeite.

Frau Kleinert fragt, ob dieser Bericht dann in das Controlling aufgenommen werde. Dies wird bejaht.

Lfd. Nr. 21/04:

Frau Kleinert bittet das GMW um einen Sachstand zur Ausräumung der Beanstandungen.

Herr Mönnick antwortet, er gehe davon aus, dass die Beanstandungen mit der erstellten Stellungnahme zunächst ausgeräumt seien.

Frau Kleinert erwartet eine endgültige Klärung mit dem Controlling.

Frau Schmidt erläutert, die Beanstandungen B/1 und B/2 seien nicht mehr heilbar bzw. ausgeräumt. Zu B/3 wünsche das RPA noch eine Kostendefinition pro Brunnen/Wasserspiel. Hier müsse Aufwand und Nutzen abgewogen werden.

Lfd. Nr. 22/04:

Frau Kleinert führt aus, sie halte es für außergewöhnlich, dass die Betreuung eines Projektes mit dem Sachbearbeiter durch die verschiedenen Leistungseinheiten weitergetragen werde. Sie hoffe, dass die Angelegenheit noch vor der Pensionierung des Mitarbeiters geklärt werde. Sie bitte, dass der anstehende Vergleich nicht zu Lasten der Stadt abgeschlossen werde, um die Angelegenheit endlich zu beenden.

Frau Siller bittet, das Verfahren so bald wie möglich durch den bearbeitenden Sachbearbeiter zum Abschluss zu bringen.

Herr Bayer führt aus, es sei ihm ebenfalls ein Anliegen, diesen Vorgang zum

Abschluss zu bringen. Der Vorgang sei durch das Ausscheiden einiger beteiligter Personen sehr schwierig aufzuarbeiten. Die Innenrevision sei beteiligt worden. Der Sachbearbeiter sei noch ein Jahr bis zu seiner Pensionierung tätig.

Auf Nachfrage von **Frau Dudda-Dillbohner**, ob es vergleichbare Fälle gebe antwortet **Herr Bayer**, ihm sei kein vergleichbarer Fall bekannt. Die Besonderheit dieses Falles liege darin begründet, dass Anwohner nach Abschluss der Baumaßnahme „Lärmschutzwall“ des Autobahnamtes sich weiter belästigt gefühlt hätten und die Vervollständigung des Lärmschutzwalls wie eine private Maßnahme durchgeführt werden sollte. Da das Autobahnamt mit Privaten keinen Vertrag hätte abschließen wollen, habe die Stadt dies übernehmen müssen. Durch eine Änderung der Wirtschaftlichkeit solcher Maßnahmen sei die Durchführung durch die ausführende Firma immer weiter verzögert worden bis die Stadt letztlich beschlossen habe die Maßnahme zu beenden.

Frau Schmidt bemerkt, das RPA hoffe auch, dass die Maßnahme zu Ende gebracht werde. Allerdings halte das RPA einen 13jährigen Stillstand bis nur noch ein zuständiger Sachbearbeiter vor Ort sei für bedenklich. Frau Schmidt nennt die Maßnahme „Ronsdorfer Talsperre“ als vergleichbaren Fall. Auch für die Inanspruchnahme einer Bürgschaft müsse der Sachverhalt geklärt werden. Dies gelte auch für einen Vergleich.

Lfd. Nr. 23/04:

vertagt auf die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (siehe unter lfd. Nr. 02/04)

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den vorgelegten Bericht ohne Beschluss entgegen.

3

Verschiedenes

keine Wortmeldungen

Warnecke
Vorsitzende

Schubert
Schriftführerin